

Holger Fritzel, NHU:

Zum letzten Absatz des CDU-Antrages:

„Dr. Etzrodt, für so blöd können Sie uns doch eigentlich nicht verkaufen,... da drauf zu springen, denn eins ist doch mal ganz klar, ... Da schließt man das mal aus [die Gemeinbedarfsfläche] und dann bauen wir jetzt mal ein Remmidemmi-Hotel da hin. Wär' doch mal ne tolle Idee, ist nach dem Beschluss, den wir jetzt hier auf ihre Initiative hin fassen, möglich.“

„Aber genau das wollen wir nicht. Und Sie sagen doch - auch Frau Dr. Jungherr -, es soll landwirtschaftliche Fläche bleiben. Warum, verdammt nochmal, haben Sie vorhin dem Antrag der BLB und Grünen nicht zugestimmt, wenn Sie das wollen.“

Andreas Wilhelm, BLB:

„Was dahinter steckt, wissen wir doch schon alle! Frau Dr. Jungherr hat auch gerade gesagt: ZUR ZEIT soll es das sein, damit sagt sie klar, was MORGEN ist, ist HEUTE NICHT.“

„Herr Dr. Etzrodt, lesen Sie doch mal Ihren Antrag. Was steht denn da?: ‚Die Verwaltung wird aufgefordert zu prüfen‘. Damit wird heute gar nichts beschlossen! Es wird nur ein Auftrag erteilt, zu prüfen. Ein Prüfantrag ist kein Beschluss, der uns irgendeine Sicherheit geben kann.“

Beate Fleige, BLB:

„Die Tatsache, dass die Zielsetzung nicht von Ihnen definiert wird, macht äußerst misstrauisch.“

„Wenn Sie also heute nicht bereit sind, diese Zielsetzung ganz klar zu definieren, nämlich landwirtschaftliche Nutzfläche, dann weiss ich nicht, wo wir nach den Sommerferien stehen.“

Bardo Röhrig, Die GRÜNEN:

„Aber dann seien Sie auch so fair und sagen vor der Wahl: Ok, liebe Bad Homburger Bürgerinnen und Bürger, wir wollen, dass das Gelände bebaut wird. Und dann stehen sie auch dazu... Haben Sie den Mut und sagen Sie, was Sie wollen“

Holger Fritzel, NHU:

„Diese Larifari-Absichtserklärungen, die hier von Ihnen [CDU] gemacht werden, die sind nicht bindend und zwar für niemanden.“

„Warum sind wir denn alle so misstrauisch, ...weil wir diese Koalition und diese Oberbürgermeisterin kennen. Und deswegen sind wir misstrauisch!“

Fazit:

Welcher Kandidat ist wählbar, um den Plätzenberg zu schützen ?

Die Debatte der Stadtverordneten vermittelt es deutlich, es stehen Wahlen vor der Tür, ein Oberbürgermeister soll gewählt werden.

Die Initiative zum Schutz des Plätzenbergs hat eine klare Forderung als Wahlprüfstein formuliert: „Keine Bebauung auf den Freiflächen am Plätzenberg.“

Die Kandidaten haben sich bewegt. Heute und bis zum 26. April wagt kein Kommunalpolitiker in Bad Homburg, offensiv für eine Bebauung der Freiflächen am Plätzenberg einzutreten. Das ist ein Sieg der 3.000 Bürger, die Einwendungen gegen den Bebauungsplan erhoben haben.

Aber wie immer, wenn etwas mit Macht und gegen die Überzeugung bei der anderen Seite erzwungen wird, gilt es mit Bedacht, die Zwischentöne beim Unterlegenen zu interpretieren. Sonst wird man von einem Rückschlag überrascht. Und diese Töne reichen vom taktischen kurzzeitigen Verzicht auf eine Bebauung (Jungherr) bis zur grundsätzlichen Ablehnung (Korwisi).

Jetzt ist der Wähler als kritischer Zuhörer des politischen Konzerts gefragt, welche Verbindlichkeit er für die Zukunft wünscht und welchen Zusagen er vertraut. Die 3.000 Bürger stellen in Bad Homburg eine politische Macht dar. Wenn sie ihre Repräsentanten zur Wahl stellen, wären sie zukünftig mit einem zweistelligen Ergebnis in der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Sie sind auch das Zünglein an der Waage bei der Wahl des Oberbürgermeisters. Und bei dieser Wahl ist die Entscheidung relativ einfach. Zur Auswahl steht eine Kandidatin, die sich offensichtlich nur aus taktischen Gründen von der Bebauung der Freiflächen am Plätzenberg distanziert hat, ein weiterer Kandidat, der den Dialog mit dem Bürger ohne klare Aussage sucht und ein dritter Kandidat, der eine Bebauung aus Überzeugung ablehnt. Bei dieser Auswahl fällt die Entscheidung am 26. April nicht schwer.

RA Matthias Möller-Meinecke

IMPRESSUM

Verein Landschaftsschutz Plätzenberg e.V.
Bommersheimer Weg 86, 61348 Bad Homburg
1. Vorsitzender: Dr. Peter König
2. Vorsitzender/Pressesprecher: Karin Spies
Eigendruck, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Dr. Peter König

Plätzenberg Kurier

Ausgabe Nr. 16

April 2009

www.platzenberg.de

Informationen des Vereins Landschaftsschutz Plätzenberg e.V.



Welcher OB-Kandidat steht dafür, dass der Plätzenberg als Kulturlandschaft erhalten wird?

Der Redaktion des Plätzenberg Kuriers drängen sich nach der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung – kurz vor der OB-Wahl am 26.4.09 – Fragen auf, welche Kandidaten wählbar sind, um den Plätzenberg zu schützen:

- Welcher OB-Kandidat steht dafür, dass das Projekt Neubau Pestalozzischule tatsächlich nicht am Bommersheimer Weg realisiert wird?
- Welcher OB-Kandidat hat in der letzten Stadtverordnetenversammlung eindeutig Stellung bezogen?
- Welcher OB-Kandidat hat den Schutz des Plätzenbergs gegen jede weitere Bebauung in seinem Wahlprogramm?



Versäumen Sie nicht die Oberbürgermeisterwahl am 26. April 2009

Und wählen Sie für den Plätzenberg!

- Was ist von den Versprechen von OB Dr. Ursula Jungherr zu halten?
- Wie sieht die versprochene Transparenz und der Einsatz von Frau Dr. U. Jungherr für Mehrheiten im Stadtparlament zum Schutz des Plätzenbergs aus?
- Was ist vom plötzlichen „Sinneswandel“ der CDU-Führung in Bad Homburg zu halten?

Was ist vom Versprechen von OB Dr. U. Jungherr zum Platzenberg zu halten?

Die letzte Stadtverordnetenversammlung (26.3.09) vor der OB-Wahl hat noch einmal sehr deutlich gemacht, dass der plötzliche „Sinneswandel“ von OB Jungherr und der CDU kritisch zu hinterfragen ist.

Wie Sie dem letzten Platzenberg Kurier entnehmen konnten, hat sich OB Jungherr noch vor wenigen Tagen der Redaktion gegenüber folgendermaßen ausgedrückt: sie werde sich „für Mehrheiten im Parlament einsetzen“, um den Platzenberg mit seinen landwirtschaftlichen Flächen zu schützen. (www.platzenberg.de)

In der Stadtverordnetenversammlung konnte sich jedoch jeder Zuschauer davon überzeugen, dass sie ihr Versprechen nicht gehalten hat. Sie hat sich vielmehr eindeutig alle Optionen offen gelassen, nach der OB-Wahl eine Bebauung – auch die Schule – dort umzusetzen.

Diese Stadtverordnetenversammlung hat gezeigt, dass Frau Dr. Jungherr sich doch nicht für die versprochenen Mehrheiten im Parlament zugunsten des Platzenbergs einsetzt und dies vermutlich auch in Zukunft nicht tun wird.

Auf eine abschließende Frage von Frau Fleige (BLB) an OB Jungherr, warum sie sich nicht für einen Ausschluss jeglicher Bebauung einsetzt, wenn sie doch betont, "dass sie will, dass das Gelände so bleibt, wie es ist", blieb Frau Dr. Jungherr eine konkrete Antwort schuldig.

Das zumindest ist eine klare Botschaft an die Wähler.

Was ist vom plötzlichen „Sinneswandel“ der CDU zu halten?

CDU und FDP haben in der Stadtverordnetenversammlung mit einer knappen 23:21 Mehrheit gegen die Änderung der „Sonderbaufläche Schule“ in "landwirtschaftliche Nutzfläche" gestimmt.

Der Antrag der Grünen und BLB, der eine sofortige Fortsetzung des B-Plans 99 zum Schutz des Platzenberges forderte, wurde abgelehnt.

GRÜNE, BLB, SPD und NHU haben diese logische Konsequenz gefordert, nachdem die Pestalozzischule laut Landrat U. Krebs und OB Dr. U. Jungherr plötzlich nicht mehr am Platzenberg gebaut werden soll.

Wer es ernst meint mit dem Schutz des Platzenbergs, muss nichts mehr prüfen!?

Remmidemmi-Hotel oder was?

Die CDU hingegen stellte lediglich den Antrag, die Zielsetzung für die Ackerfläche unter Ausschluss einer Nutzung des Areals als „Gemeinbedarfsfläche“ bis zum Sommer zu „prüfen“.

Da die Veränderungssperre seit 2008 ausgelaufen ist, wird hiermit einer Bebauung - selbst durch „ein Remmidemmi-Hotel“ (siehe Fritzel S.4) - massiv Vorschub geleistet.

Und auch Frau Dr. Jungherr hat sich nicht für eine sofortige Fortsetzung des B-Plans 99 ausgesprochen. Herr Dr. Etzrodt (CDU) konnte keinerlei sachliche Gründe dafür anführen, den B-Plan 99 bis nach die OB-Wahl zu verschieben.

Dies lässt bis zum Abschluss der „Prüfung“ auch weiterhin eine Schulbebauung am Platzenberg zu.

Welcher OB-Kandidat hat den Schutz des Platzenbergs gegen jede weitere Bebauung in seinem Wahlprogramm?

BLB, die GRÜNEN und die NHU unterstützen Michael Korwisi in seinem Bestreben, den Platzenberg als Kulturlandschaft zu erhalten und empfehlen, ihn zum Oberbürgermeister zu wählen. Alle Oppositionsparteien bezweifeln, dass die Ankündigung der OB Jungherr zum Platzenberg nach der OB-Wahl noch bestand hat.

Stimmen aus dem Parlament zum angeblichen Sinneswandel von OB Jungherr und CDU

Bardo Röhrig, die GRÜNEN:

„Wir wollen hier die Freiflächen erhalten und das Kleinod Platzenberg vor weiterer Bebauung schützen.“

„Ihr Antrag ist so durchsichtig. Das ist eine klare Verzögerungstaktik! Für wie dumm halten Sie eigentlich die Bevölkerung, dass sie das nicht durchschaut?“

„Das ist der Lackmestest. Meinen Sie es wirklich ernst, oder wollen Sie nach der Wahl, dass wieder etwas ganz anderes gemacht wird, z.B. wieder eine Schule dort geplant wird?“

Holger Fritzel, NHU,

betonte mehrfach, dass die von OB Jungherr, CDU und Landrat U. Krebs angekündigte „Entscheidung“, die PES auf dem Gelände der Georg-Kerschensteiner-Schule zu bauen, gar kein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und damit nicht gültig sei.

„Sie tun so, als ob es eine Entscheidung wäre, dabei ist es gar keine.“

„Und das ist Fakt. Alles andere, was in der Zeitung gestanden hat, das ist die Meinung der Frau Oberbürgermeisterin, aber in keinsten Weise der Beschluss der Stadtverordneten.“

„Meine Damen und Herren, von einer ENTSCHEIDUNG, die PES auf dem Gelände der Georg-Kerschensteiner-Schule zu bauen, ist mir nichts bekannt!“

„Mich würde auch einmal dieses Verkehrsgutachten interessieren, ... hatte an sich gehofft, dass wir es noch vor dem 26. April zu sehen bekommen.“

„Und meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie noch ein bisschen glaubwürdig sein wollen, dann machen Sie das auch!“ (Anm. sich dem Antrag von BLB und GRÜNEN anzuschließen).

Christian Velthuizen, SPD:

„Man stellt sich die Frage, ist man hier pedantisch vorgegangen? Oder war es Angst vor der eigenen Courage? Nein, weder noch. Es ist einfach nur ein Wahlkampftrick!“

Beate Fleige, BLB:

„Es gibt bisher keinen Beschluss, der den Platzenberg vor einer Schulbebauung rettet!“

„Es ist allerhöchste Eisenbahn, hier eine Planfestsetzung zu machen mit Satzungsbeschluss, damit dort nichts gebaut werden kann, was wir nicht wollen.“

„Denn ein Antrag [der CDU], der mit einer ‚Entscheidung‘ anfängt und dann mit einer ‚Prüfung‘ aufhört, der kann nicht zum Ziel führen.“

Holger Fritzel, NHU:

„Wir wollen, dass es da oben so bleibt, wie es ist, dass die landwirtschaftliche Nutzung da oben gemacht wird.“

„Meine Damen und Herren der CDU und der FDP: Wenn ich jetzt noch einen Entscheidungsprozess bis zu den Sommerferien brauche, um hier Klarheit zu verschaffen, dann sollten sie vielleicht einmal darüber nachdenken, die Entscheidungsgewalt in dieser Stadt mal in andere Hände zu legen.“

Beate Fleige, BLB:

„Landwirtschaftliche Nutzfläche ist es zur Zeit, und landwirtschaftliche Nutzfläche soll es bleiben ... und sonst gar nichts.“

„Es muss nicht herausgeschoben werden, es muss nichts geprüft werden... Herr Dr. Etzrodt, was glauben Sie, was sich bis zu den Sommerferien ändert?“

Daniela Kraft, die GRÜNEN:

„Das ganze einlullende Gerede hier ändert nichts an der Tatsache, sie wollen nicht sagen, was sie künftig auf dieser Fläche haben wollen.“

„Aber im Verfahren ist es so, dass in einer Offenlegung natürlich auch die Zielsetzung des B-Plans enthalten sein muss, sonst braucht man auch nichts offenlegen.“

„Meine Damen und Herren von der CDU und FDP, Sie müssen schon die Hosen runterlassen und sagen, was Sie sich dort vorstellen, und was Sie dort haben wollen. Alles andere ist einfach Lug und Trug.“

„Aber wenn Sie es ernst meinen, und wenn Sie den Bürgen tatsächlich signalisieren wollen, wir wollen, dass der Platzenberg nicht angetastet wird, an dieser Stelle, und wenn Sie es ernst meinen, mit der Aussage, wir wollen den Platzenberg schützen, dann müssen Sie dort landwirtschaftliche Nutzfläche - so wie sie jetzt genutzt wird – festlegen.“

„So bleibt offenkundig, und es ist entlarvend, dass sie sich jedes, aber auch jedes Hintertürchen für eine Bebauung dieser Fläche offenhalten wollen.“